

erstellt am: 20.08.2008

URL: www.rp-online.de/public/article/leverkusen/604362/Gruene-nennt-CDU-Staenkerer.html

Leverkusen

Grüne nennt CDU „Stänkerer“

VON ULRICH SCHÜTZ

Eines ist unstrittig: Alle Ratsvertreter, auch die der CDU, wollen die Neunutzung des Opladener Bahnareals. Hinterfragt wird von Christdemokraten das Finanzierungskonzept, weil es zuviele Risiken beinhalte, sagt die CDU.

Die gerade erst gestartete Diskussion über das städtische Finanzierungskonzept für die „Bahn-Stadt“ Opladen zeigt verhärtete Fronten. Die erstaunlich euphorischen Befürworter der Neunutzung des Areals der ehemaligen Bahnwerkstätten sind erstaunt, dass jemand wagt, Kritik am städtischen Finanzkonzept zu üben und Nachfragen stellt (wie vergangene Woche die CDU-Spitze). Die Kritiker des Finanzkonzeptes, eine Minderheit in der CDU, werden abqualifiziert als „Stänkerer“, wie es Grünen-Fraktionsvorsitzende Roswitha Arnold jetzt im Finanzausschuss formulierte.

Da war selbst Finanzdezernent Rainer Häusler über die Schärfe erstaunt, „wie der ein oder andere über andere herfällt“.

Die städtischen Vorschläge zum Kauf von Bahngrundstücken und zur Finanzierung der Gleisverlegung (Gleisbau-Kosten: rund 50 Millionen Euro) liegen den Politikern erst gut eine Woche schriftlich vor. Zu den derzeit von keinen Zweifeln geplagten Befürwortern zählen auf jeden Fall die Fraktionen von SPD, Grünen, Bürgerliste und Teile der CDU.

CDU-Finanzsprecherin Irmgard von Styp-Rekowski beklagte die mangelnde Kostensicherheit in den Bahnverträgen. Die CDU-Ratsherrin forderte mehr Beratungszeit für diese komplexen Verträge. Die Mehrheit der CDU-Fraktion werde aber zustimmen, versicherte Styp-Rekowski, denn alle wollten das Projekt.

Bürgerlisten-Sprecher Quatz sagte im Finanzausschuss mit Blick auf die CDU: „Ich bin geradezu erschüttert.“ Und Quatz drückte aus, was viele der Politiker und Stadtverwalter denken: „Leverkusen braucht bei dem Projekt die Bahn, nicht die Bahn die Stadt Leverkusen.“ Klar ist allerdings auch: Die Kritiker in CDU-Reihen wie Bernhard Marewski wollen die Realisierung der „Bahn-Stadt“ Opladen als das Zukunftsprojekt für Leverkusen. Aber die Kritiker wollen auch keine unkalkulierbaren Risiken eingehen bei Altlasten etc..

Häusler, einer der städtischen Hauptverhandler der Verträge, reagierte im Finanzausschuss leicht verbittert über die Widerstände bei der CDU. Ungewöhnlich scharf wies er den Vorwurf zurück, es gebe für die Stadt keine Kostensicherheit bei dem 132 Millionen Euro-Projekt. Die Stadt und der Stadtrat hätten jederzeit die Kontrolle über die Projektkosten, betonte Häusler. Und dann zählte er auf, was zur Sicherheit beitrage: Der Höchstbetrag des städtischen Anteils an den Kosten der Gleisverlegung sei auf rund 13 Millionen Euro begrenzt. Die Stadt habe ein Rücktrittsrecht (übrigens bis nach der Kommunalwahl 2009), wenn die Kosten zu hoch würden. Sollte es nicht eingerechnete Preissteigerungen geben, sollen Sparstrategien entwickelt werden. Dann könnte beispielsweise eine der drei Brücken zwischen Quettingen und Opladen gestrichen werden. Zudem gebe es unter besonderen Umständen ein verlängertes Rücktrittsrecht bis 2011.

Insgesamt sind die Projektkosten für das Bahn-Stadtprojekt bei rund 133 Millionen Euro festgesetzt, wobei es Zuschüsse vom Land gibt. (Ein großer Teil der Kosten soll durch Grundstücksverkäufe refinanziert werden.)

Rainer Häusler erklärte nebenbei, warum beispielsweise Rechts- und Umweltdezernent Frank Stein die Beratungspapiere zu den Bahnverträgen nicht unterschrieben habe. Stein sei einfach in Urlaub gewesen, habe aber vorher signalisiert, dass er allem zustimmen werde.

Dass Baudezernent Wolfgang Mues, der Aufsichtsratsvorsitzender der Bahn-Stadt-Gesellschaft ist, nicht unterschrieben hat, berichtete Häusler nicht. Mues hat in mehrseitigen Schreiben auf Mängel und Risiken in den Bahnverträgen hingewiesen.

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP ONLINE GmbH

Nachrichten aus **Leverkusen**, Leichlingen

Artikel drucken